

LINKS SO

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
164 · Ausgabe SO · August 2016



Solidarität

Josef Maushart, Solothurner Industrieller und angehender CVP-Politiker, lobte in einem Gastkommentar die USR III und meint, die Reform sei «gut. Sie ist ein gut schweizerischer Kompromiss.»

VON SCHAMLOS HIN ZU HERZLOS

Wir sind ganz anderer Meinung, widmen uns deshalb in dieser Ausgabe dem Thema und zeigen unsere Lösungsvorschläge auf. Gleichzeitig rufen wir unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger auf, das Referendum gegen die USR II und die Solothurner Volksaufträge zu unterzeichnen.

Die bisherige schweizerische Steuerpraxis ist kein Ruhmesblatt. Schamlos bot unser Land Unternehmen steuerliche Sonderkonditionen, prallvoll zeigen sich die Konten der Konzernchefs. Diese Steuerprivilegien sind international schon lange geächtet. Moralisch sind sie auch für viele Schweizerinnen und Schweizer nicht mehr vertretbar. Herr Maushart lässt es offen, ob er diese Praxis moralisch gut oder schlecht findet. Gut findet er hingegen, dass die Schweiz davon profitiert hat.

Welche Schweiz meinen Sie, Herr Maushart, oder anders gefragt: Meinen sie auch den Teil unseres Landes, in dem ein Sparpaket ums andere geschnürt wird? Wo inzwischen Zwangsferien an Schulen verordnet werden, wo Menschen 100% arbeiten und ihr Lohn zum Leben nicht reicht, wo Menschen mit Behinderungen und viele Familien die hohen Krankenkassenprämien nicht mehr bezahlen können?

Ziel war einst eine gegenfinanzierte Reform, und zwar bezahlt durch jene, die davon profitieren – die Unternehmen und Aktionäre. Statt Mehreinnahmen zu erzielen, wurden nun massive Steuererleichterungen beschlossen, welche das Gegenteil bewirken. Die Reform ist zum Selbstbedienungsladen für reiche Unternehmer und Aktionäre geworden. Das hat Steuerausfälle in Milliardenhöhe zur Folge. Unternehmen müssen nach allen Privilegien nur noch 20% versteuern. Welcher Búezer kann bei seiner Steuerrechnung einen Rabatt von 80% geltend machen? Das soll ein gut schweizerischer Kompromiss sein?

Eine faire Unternehmenssteuerreform III ist möglich, z.B. mit der Einführung einer Kapitalgewinn-



Franziska Roth, Parteipräsidentin und Kantonsrätin
rosso17@bluewin.ch

steuer oder der Aufhebung des Teilbesteuerungsverfahrens bei den Dividenden. Dies hätte Mehreinnahmen zur Folge, die USR III wäre gegenfinanziert. Herr Maushart macht sich Sorgen, dass von den 24000 Unternehmen einige abwandern würden. Andere Standortqualitäten als die Steuerpraxis scheinen in der Lebensrealität einiger Finanzjongleure nicht zu existieren, und so provozieren sie in den Kantonen und Gemeinden herzlose Sparpakete. Ich mache mir Sorgen um unsere privaten Haushalte, bei denen heute schon 600000 Menschen von Armut betroffen sind, und verlange mit dem Referendum einen gut schweizerischen Kompromiss, einen, der sich am Wohle der Schwachen misst.

Die Reform ist zum Selbstbedienungsladen für reiche Unternehmer und Aktionäre geworden.

NICHT auf dem Buckel von Fam

Unabhängig vom Inkrafttreten der Unternehmenssteuerreform III (USR III) schlägt die Regierung des Kantons Solothurn bereits auf Anfang 2017 Steuersenkungen für Unternehmen vor. Die SP verlangt deshalb mittels Volksaufträgen, dass keine vorsorglichen Steuersenkungen erfolgen dürfen und, falls die USR III in Kraft treten sollte, Steuersenkungen mit Massnahmen zur finanziellen Stärkung von Familien und kleinen und mittleren Einkommen verknüpft werden müssen.

der Steuerprivilegien der Holdinggesellschaften. Die damit verbundenen Steuersenkungen für alle anderen Unternehmen und die dadurch verursachten Steuerausfälle sollten aber gegenfinanziert werden. Das Bundesparlament hat Ausgleichsmassnahmen abgelehnt und zusätzliche Steuergeschenke an die Unternehmen und damit an die Aktionäre in die Vorlage gepackt. Damit sind bereits beim Bund Steuerausfälle



Susanne Schaffner-Hess, Kantonsrätin aus Olten
adv.schaffner@bluewin.ch

kompensieren. Damit nimmt der finanzielle Druck auf die Kantone und die Gemeinden zu, welche am Ende der Kette die entsprechenden Leistungen in diesen Bereichen finanzieren. Deshalb hat die SP das Referendum gegen die USR III ergriffen.

Gemeinden auch betroffen

Der Steuerwettbewerb unter den Kantonen wird aber bereits angeheizt, bevor die USR III überhaupt in Kraft ist. Jeder will der erste sein, der die Gewinnsteuern für die Unternehmen senkt. Massive Steuerausfälle bei Kanton und Gemeinden sind die Folge.

Der Regierungsrat des Kantons Solothurn schlägt im Aufgaben- und Finanzplan 2017–2021 vor, die Steuern vorsorglich bereits ab 2017 sukzessiv zu senken. Als erster Schritt soll der Steuerfuss bei den juristischen Personen von 104 auf 100 % gesenkt werden. Damit würden alle Unternehmen und damit auch die privilegierten Holdinggesellschaften im Jahr 2017 nach dem Giesskannenprinzip von Steuersenkungen profitieren. Ein unsinniges Steuergeschenk, nachdem die Kantonsfinanzen nach einschneidenden Sparmassnahmen eben erst wieder auf Kurs sind. Die vom Regierungsrat vorgeschlagenen Steuersenkun-



Keine Steuersenkungen auf dem Buckel von Familien und wenig Verdienenden

Das ursprüngliche Ziel der vom Bundesrat in die Wege geleiteten Steuerreform war die Abschaffung

von mehr als 1,3 Milliarden Franken zu erwarten. Bereits heute ist vorgesehen, diese Milliardenausfälle auf Bundesebene auf dem Buckel von Familien, Rentnerinnen und Rentnern sowie durch Kürzung der Bundesgelder für den öffentlichen Verkehr zu

Die Energiewende:

Ça ne coûte pas, ça rapporte!

Der Schweizer Bertrand Piccard und sein Landsmann André Borschberg haben in den vergangenen Monaten die Erde ohne einen Tropfen Treibstoff umrundet. Einzig die Kraft der Sonne trieb ihr Flugzeug Solar Impulse 2 an. Damit haben die beiden Pioniere allen kritischen Stimmen getrotzt und uns aufgezeigt, dass der Glaube an die Machbarkeit gepaart mit einer riesigen Motivation und der technischen Entwicklung Berge oder eben Flugzeuge versetzen kann. Diese historische Leistung mit grosser Symbolkraft zeigt uns, was möglich ist. Von diesem Esprit wünsche ich mir in der Schweiz noch viel mehr für die Entwicklung der erneuerbaren Energien, denn

an ihnen führt kein Weg vorbei. Das enorme Potenzial, welches uns Wasser, Sonne, Biomasse oder Wind als unerschöpfliche Energiequellen zur Verfügung stellen, müssen wir für unsere Unabhängigkeit nutzen können. Visionär sollen wir in Projekte mit grosser Wertschöpfung investieren. Denn wer weiter auf die Atomkraft setzt, den wird auch der Markt bestrafen. Auf die Frage nach den Kosten der Energiewende brachte es Ségolène Royal, die französische Umwelt- und Energieministerin, auf den Punkt: «Ça ne coûte pas, ça rapporte!» In diesem Sinne unterstütze ich auch die Volksinitiative «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)», über die wir im September abstimmen. Diese will die in-

MEIN STANDPUNKT

Mathias Stricker, Bettlach
Kantonsrat
mathias.stricker@bluewin.ch
www.mathias-stricker.ch

novative Kraft der Schweiz nutzen, um die Umweltbelastung zu senken und die heimische Wirtschaft zu stärken. Nägel mit Köpfen machen wir dann im November mit einem JA zur Atomausstiegsinitiative. Die künftige Energieversorgung ist sauber und möglichst autark. Lasst uns alle beharrliche, weitsichtige Pioniere sein, damit unser ökologischer Fussabdruck auf der Erde reduziert wird. Es lohnt sich!



ilien und wenig Verdienenden

gen auch für die Folgejahre hätten bis 2020 Einnahmefälle von 60 bis 80 Millionen Franken zur Folge – bevor die USR III überhaupt in Kraft wäre. Die Gemeinden wären in ähnlichem Rahmen direkt von Steuerausfällen betroffen, jedoch je nach Gemeinde – abhängig vom Anteil an Unternehmenssteuereinnahmen – in unterschiedlichem Ausmass. Dies bevor überhaupt Ausgleichszahlungen vom Bund flössen oder klar wäre, wie diese Steuerausfälle auf Kantons- wie auf Gemeindeebene kompensiert werden sollen. Ein massiver Leistungsabbau, Gebührenerhöhungen und Steuererhöhungen für diejenigen, die von der USR III nichts haben, insbesondere die kleinen und mittleren Einkommen, wären die Folge.

Volksaufträge der SP jetzt unterzeichnen

Die SP wehrt sich gegen ungerechte Steuergeschenke. Mit Volksaufträgen soll der Regierungsrat jetzt in die Pflicht genommen werden, auch wenn die Referendumsfrist zur USR III noch läuft. Unternehmen profitieren im Zuge der USR III von Steuersenkungen, welche sie so nie verlangt haben. Deshalb wird mit den Volksaufträgen von den Unternehmen eine Gegenleistung verlangt.

Deshalb wird mit den Volksaufträgen von den Unternehmen eine Gegenleistung verlangt.

Der Kanton Waadt hat bereits erfolgreich aufgezeigt, wie die Mindereinnahmen mit Mehrleistungen der Unternehmen kompensiert werden können. Er hat seine Steuersenkungen an ein Massnahmenpaket gekoppelt. Die Mindereinnahmen treffen nicht nur die Bevölkerung (v.a. die kleinen und mittleren Einkommen), sondern auch die Gemeinden. Die Massnahmen, die mit den Volksaufträgen verlangt werden, entlasten denn auch die Gemeinden wesentlich. Die Kaufkraft der Familien soll gestärkt werden. So werden zum Beispiel durch Arbeitgeberbeiträge

finanzierte höhere Kinderzulagen und Beiträge an Kinderbetreuungsplätze verlangt. Unternehmen sollen in die Nachhol- und Weiterbildung von Arbeitskräften investieren. Schliesslich werden Korrekturen bei den Steuererleichterungen für die Reichsten, zum Beispiel durch Erhöhung der Vermögenssteuern, gefordert. Die kleinen Einkommen, insbesondere die Rentnerinnen und Rentner, sollen endlich gerecht besteuert werden. Mit den Volksaufträgen wird deshalb auch eine Erhöhung des Steuerabzugs für kleine Einkommen verlangt.

EIN UMFASSENDES MASSNAHMENPAKET

1. «Arbeitsplätze sichern»

Unternehmen sollen jährlich einen Beitrag in einen Bildungsfonds einzahlen. Arbeitnehmende ohne genügende Ausbildung sollen sich besser qualifizieren können.

2. «Kaufkraft der Familien stärken»

Erhöhung der Familienzulagen; Ausbau der Familienergänzungsleistungen; Schaffung von bezahlbaren Kinderbetreuungsplätzen; Erhöhung der Prämienverbilligung.

3. «Mehr Steuergerechtigkeit»

Erhöhung des Steuerabzugs für Personen mit kleinem Einkommen; Minimierung von Steuerverlusten durch genügend Personalressourcen; Erhöhung der Vermögenssteuer und der Dividendenbesteuerung.

Die Volksaufträge jetzt unterzeichnen und an das Sekretariat in Solothurn schicken. Unterschriftenbögen auf der Homepage ausdrucken oder per Telefon oder Mail bestellen.

SP AN DER HESO

Vom 23. September bis 2. Oktober 2016 findet die Herbstmesse HESO in Solothurn statt. Erstmals in der Geschichte ist auch die Sozialdemokratische Partei Kanton Solothurn mit einem eigenen Stand dabei. Die Vorbereitungen dazu laufen auf Hochtouren und wir sind bestrebt, die SP den Besucherinnen und Besuchern so zu präsentieren, wie sie ist: solidarisch, gerecht und frei!

Damit sich unsere Partei während 9 Tagen kompetent präsentieren kann, brauchen wir Dich. Solltest Du bereit sein, Deine Partei an der HESO zu unterstützen, interessierten Menschen Rede und Antwort zu stehen, Unterschriften zu sammeln, neue Mitglieder zu werben – einfach einige Stunden lang mit weiteren Personen unseren und deinen Stand zu betreuen, dann melde dich bitte per Mail, Post (Talon) oder Telefon.

Vielen Dank!

Ich bin bereit am SP-Stand an der HESO mitzuhelfen.

Datum und Zeit (es dürfen auch mehrere Tage angegeben werden)

Name

Vorname

Ort

Telefon

E-Mail

So rasch wie möglich senden an: SP Kanton Solothurn, Postfach 1555, 4502 Solothurn, 032 622 07 77, niklaus.wepfer@sp-so.ch

Vielen Dank. Sobald genügend Personen für die Mithilfe zur Verfügung stehen, wird der Einsatzplan erstellt.

WAHLEN 2017

Bist Du interessiert an einer Kandidatur für den Kantons- und/oder den Gemeinderat? Dann melde Dich bei Deiner Sektion oder bei der Kantonalpartei.

KANTONS RAT

In der Kantonsratssession hat die SP ein grosses Ziel erreicht: Die definitive Einführung der Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien.

SP ist erfreut über Ergänzungsleistungen für Familien

Die Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien werden nach der achtjährigen Testphase definitiv eingeführt. Gegenwärtig erhalten rund 750 Familien und über 1500 Kinder bedarfs- und situationsgerechte Leistungen, welche ihre Lebenslage nachweislich verbessern. Kantonsrätin Susanne Schaffner (Olten) stellte erfreut fest, dass die Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien sich bewährt haben, zur Armutsbekämpfung beitragen und damit Sozialhilfebefürdigte abwenden. Sie schaffen den Anreiz, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen.

SP wollte längere Unterstützung bis zum 8. Altersjahr

Die Altersgrenze von sechs Jahren für die Anspruchsberechtigung ist für die SP eindeutig zu tief angesetzt, da gerade für eine längerfristige und gefestigte Erwerbstätigkeit anerkanntermassen die Ausrichtung von Ergänzungsleistungen bis mindestens zum achten Altersjahr des jüngsten Kindes nötig wäre. Damit würden der Rückfall in die Sozialhilfe vermieden und die Gemeinden nachweislich entlastet. Aus diesem Grund forderte die SP den Ausbau, damit die Armut noch effizienter bekämpft, die Sozialhilfe und die Gemeinden noch mehr entlastet werden können und die Erwerbstätigkeit weiter gefestigt. Der Kantonsrat entschied sich dagegen und damit für die Weiterführung des bisherigen Modells.

SP kritisiert zögerliche Unterstützung des Stahlwerks

Ende Januar wurde bekannt, dass die Stahl Gerlafingen AG ihre Lehrwerkstatt schliessen muss. Vierzehn Lernende waren betroffen. Für Empörung sorgte vor allem, dass das

kantonale Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) sich abschätzig zu einem Gesuch über die temporäre Teilfinanzierung der Lehrwerkstatt äusserte. Für Kantonsrat Markus Baumann (Derendingen) war unverständlich, dass der breite Interpretationsspielraum des Gesetzes nicht genutzt und nicht aktiv eine Lösung gesucht wurde.

SP: Wer bezahlt die Wegkosten der Spitex?

Im Kanton Solothurn ist es seit 2015 nicht mehr selbstverständlich, dass die Wegkosten automatisch von der Spitex übernommen werden. Die Gemeinden haben dank einem Merkblatt vom Amt für Soziale Sicherheit (ASO) die Freiheit, die Kosten für die zurückgelegten Wegstrecken ihren Klientinnen und Klienten zu verrechnen. Für Kantonsrat Hardy Jäggi (Rechterswil) ist dies eine unhaltbare Situation und er hatte deshalb eine Interpellation mit kritischen Fragen eingereicht. Mit den Antworten des Regierungsrates ist er nicht zufrieden, da die Spitex-Klienten nicht mehr überall gleich behandelt werden. Für ihn ist klar, dass die Wegkosten zu den Pflegedienstleistungen gehören und daher von der Spitex übernommen werden müssen. Er forderte den Regierungsrat auf, das ASO-Merkblatt zurückzuziehen.

SP: USR-III-Pläne von Regierung inakzeptabel

Während der Beratung des integrierten Aufgaben- und Finanzplans wurde klar, dass die Regierung im Zusammenhang mit der Umsetzung der Unternehmenssteuerreform III bereits beschlossen hat, die Steuern bei den juristischen Personen ab 2017 vorsorglich zu senken. Dies im Wissen, dass die USR III noch gar nicht in Kraft ist und die Unterschriftensammlung für ein Referendum gegen die USR III läuft. Im Weiteren hat die Regierung noch nicht darüber beraten, wie die Steuerausfälle kompensiert werden sollen. Ein solches Vorgesprechen der Regierung ist für die SP unverantwortlich und generiert nur



Simon Bürki, Kantonsrat aus Biberist
simon-buerki@bluewin.ch

unnötige Steuerausfälle von ca. 60 Mio. Franken.

SP-Volksaufträge: Stärkung der Kaufkraft der Familien und Steuergerechtigkeit

Kantonsrat Simon Bürki (Biberist) wehrte sich gegen diese Steuersenkungen im Voraus und forderte die Regierung auf, zuerst darzulegen, wie sie sich bei einem allfälligen Inkrafttreten der USR III im Steuere Wettbewerb der Kantone positionieren will und welche Kompensationsmassnahmen mit allfälligen Steuersenkungen verbunden würden. Die SP verlangt, dass die Unternehmen, welche von diesen unerwarteten Steuerersparnissen profitieren, eine Gegenleistung erbringen. Zudem sollen die Steuerausfälle minimiert und gleichzeitig die Kaufkraft der Familien gestärkt werden. Die SP hat darum drei Volksaufträge lanciert, die Massnahmen zur Stärkung der Kaufkraft der Familien vorsehen und Steuergerechtigkeit schaffen sollen (siehe Bericht S. 10/11 in dieser Ausgabe).

Die SP fordert Steuergerechtigkeit – für alle statt für wenige!

Die SP will Familien stärken und tiefe Einkommen entlasten

VERANSTALTUNGEN

Donnerstag, 25. August 2016

Kantonaler Parteitag in Olten

AHVplus, Nachrichtendienst, grüne Wirtschaft und Referat zur USR III mit Giorgio Tuti, Franziska Roth, Irene Meier-Reber und Susanne Schaffner. Beginn 19.30 Uhr im Hotel Arte.
www.sp-so.ch

Samstag, 27. August 2016

Solidaritätsfest auf dem Balmberg

Wandern und feiern für AHVplus. Treffpunkt 10 Uhr HB Solothurn. Ab 12 Uhr Fest auf dem Balmberg mit Risotto, Musik, Reden und Kinderprogramm.
www.gbs-online.ch

Donnerstag, 15. September 2016

«Aktuell aus Bern» in Bettlach

Um 18.30 Uhr gibt's Risotto in der Zähnteschür und ab 19.30 Uhr Aktuelles mit Roberto Zanetti, Bea Heim und Philipp Hadorn.